

Berliner Zeitung, Online-Ausgabe, 17.05.2006

CSU bockt wegen Gentechnik

Generalsekretär Söder gegen Freilandversuche mit manipulierten Pflanzen / Konflikt mit Merkel / Grüne Wähler im Blick

Bettina Vestring, Daniela Vates

BERLIN. Bei der Anwendung der grünen Gentechnik stellt sich die CSU gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Im Interview mit der Berliner Zeitung lehnte CSU-Generalsekretär Markus Söder Freilandversuche mit gentechnisch manipulierten Pflanzen nachdrücklich ab. "Natürlich müssen wir die Forschung in diesem Bereich weiter vorantreiben", sagte der bayerische Politiker. "Aber Freilandversuche sind ein Problem, solange nicht absehbar ist, wie diese langfristig das Öko-System beeinflussen."

Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) bereitet derzeit eine Neufassung des Gentechnik-Gesetzes vor. Im Koalitionsvertrag hatte seine Partei der raschen Umsetzung der EU-Freisetzungsrichtlinie ausdrücklich zugestimmt. Dort hieß es, die geplante Novelle des Gentechnikgesetzes solle so ausgestaltet werden, dass sie Forschung und Anwendung in Deutschland befördere.

Diese Formulierung geht auch auf die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin Merkel zurück, die sich schon lange für großzügigere Regelungen bei der Freisetzung von manipulierten Pflanzen einsetzt. Bereits im Jahr 2004 hatte sich Merkel für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von konventioneller Landwirtschaft und dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen eingesetzt. "Die Landwirte müssen selbst entscheiden können, was und wie sie es anbauen", sagte sie damals. Auch im Wahlkampf war die CDU-Chefin für die Förderung der Gentechnik eingetreten.

Söder berief sich jetzt auf die in der Bevölkerung weit verbreitete Skepsis gegenüber der grünen Gentechnik. "Eine Novelle brauchen wir, aber sie muss sensibel mit den Erwartungen der Verbraucher umgehen - aus dem Schöpfungsgedanken heraus, aber auch aus Sicherheitsgründen", sagte er. Zwar könne es Sinn haben, verstärkt Pflanzen für die Erzeugung von Bio-Kraftstoffen zu gewinnen. Vor allem bei Nahrungsmitteln sei der kommerzielle Nutzen aber nicht klar ersichtlich. "Wir müssen Ja sagen zu Forschungsmöglichkeiten und Nein zur ausschließlichen Kommerzialisierung." Entscheidend sei die Frage der Haftungsregelung, die nicht die Landwirte treffen dürfe.

Ebenfalls mit Blick auf die Bauern lehnte Söder in dem Gespräch die Pläne der Bundesregierung zur Besteuerung der Bio-Kraftstoffe ab. Die CSU plädiere für eine deutliche Senkung der geplanten Sätze; Pflanzenöl müsse komplett steuerfrei gestellt werden. Söder schlug zudem einen Auto-Gipfel vor, um die Verwendung alternativer Kraftstoffe voranzutreiben. Mit den Fahrzeugherstellern müsse es verbindliche Vereinbarungen über den Einsatz alternativer Antriebsarten geben. Nötig sei zudem der Aufbau eines Netzes von Wasserstoff-Tankstellen. "Hier muss die Mineralölindustrie in die Pflicht genommen werden", sagte der CSU-Politiker. "Das ist schließlich keine notleidende Branche."

Hinter Söders Vorstößen stecken offenbar strategische Überlegungen: Angesichts der letzten Wahlergebnisse wächst in der CSU die Sorge, sie könnte künftig verstärkt Wähler an die Grünen verlieren. Auch Söder betonte jetzt, dass die CSU bereits lange vor der Gründung der Grünen Politik für die Umwelt gemacht habe. "Zu unserem Spektrum gehört seit jeher ein hohes Bewusstsein für Umwelt, Natur und Schöpfung."

"Die CSU hat Politik für die Umwelt gemacht - schon lange, bevor es die Grünen überhaupt gab."
Markus Söder, CSU